

Der Bundespräsident

Dr. Heinz Fischer

Wien, 13. Juni 2013

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe Ihren offenen Brief zu Fragen der Kernenergie im benachbarten Ausland nicht zuletzt deshalb mit Interesse zur Kenntnis genommen, weil dieser Punkt auch in meinen Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen in unseren Nachbarländern regelmäßig auf der Tagesordnung steht.

In Ihrem Brief nehmen Sie daran Anstoß, dass ich gegenüber meinem tschechischen Amtskollegen Milos Zeman eingeräumt habe, dass Österreich die Souveränität jedes Mitgliedsstaates der europäischen Union betreffend die Wahl seines Energiemixes anerkenne.

Das souveräne Recht jedes EU-Mitgliedsstaates auf freie Wahl seiner Energiequellen ist allerdings im geltenden Recht der Europäischen Union sehr klar verankert: Artikel 194 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union im Vertrag von Lissabon bestimmt insbesondere, dass das Recht der Mitgliedsstaaten, die Bedingungen für die Nutzung ihrer Energieressourcen, die Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur ihrer Energieressourcen festzulegen, nicht beschränkt wird.

Auch Österreich stützt sich auf dieses Recht und duldet in keiner Hinsicht dessen Einschränkung, wenn es die Nuklearenergie als Energiequelle auf verfassungsgesetzlicher Basis in Österreich ausschließt oder sich sehr vehement für die Erhöhung des Anteils an erneuerbarer Energie an den Energiequellen einsetzt.

An das
Forum Wissenschaft & Umwelt
c/o Umwelt Management Austria
Hammer-Purgstall-Gasse 8/4
1070 Wien

Die grundsätzliche Bejahung dieses Rechts steht dem unermüdlichen und nachdrücklichen Bemühen, für eine tatsächlich nachhaltige Energiepolitik zu werben und auch auf internationaler Ebene Überzeugungsarbeit zu leisten, keineswegs entgegen.

Ich bin ganz Ihrer Ansicht, dass die Energiezukunft Europas und der gesamten Menschheit bei den erneuerbaren Energiequellen und der Steigerung der Effizienz ihrer Nutzung liegt. Bis sich dieses Denken durchgesetzt hat und auch im Handeln entsprechenden Niederschlag findet, bleibt es aber die Aufgabe der österreichischen Bundesregierung, im unmittelbaren Interesse unserer Bevölkerung die Einhaltung höchstmöglicher Sicherheitsstandards bei den bestehenden und geplanten Kernkraftanlagen - insbesondere in unserer Nachbarschaft - einzufordern.

Dies erfolgt seit Jahren über politische, diplomatische und technische Schienen. Zu erwähnen wären z.B. die regelmäßigen, strukturierten und den jeweiligen Gegebenheiten angepassten Sicherheitsdialoge im Rahmen der bilateralen Nuklearinformationsabkommen, die mit allen Nachbarstaaten, die Atomkraftwerke betreiben, abgehalten werden. Die in Ihrem Schreiben angesprochenen wesentlichen Fragen und Anliegen werden darin natürlich auch behandelt. Würden wir uns hingegen im Umgang mit unseren Nachbarn von Anfang an in eine Fundamentalopposition durch Leugnung ihres Rechts auf freie Wahl des Energiemixes begeben, wäre auch diesen für unsere Sicherheit und Umwelt bedeutsamen Dialogen, aus denen wir Informationen aus erster Hand erhalten und davon ausgehend dem Handlungsbedarf entsprechend Maßnahmen setzen können, von vornherein jede Basis entzogen.

Dass sich Österreich darüber hinaus an allen grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen in Bezug auf kerntechnische Anlagen gemäß den entsprechenden internationalen Abkommen und dem Recht der Europäischen Union aktiv beteiligt, ist selbstverständlich.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat klar gezeigt, dass die Atomkraft auch in rein wirtschaftlicher Hinsicht keine rentable und schon gar nicht eine sichere Investition darstellt; dies umso weniger, wenn man versucht, dem Prinzip der Kostenwahrheit auch nur annäherungsweise gerecht zu werden.

Ich möchte Ihnen daher abschließend versichern, dass sich die Bundesregierung und auch ich mich im Rahmen meiner Kompetenzen mit aller Kraft gegen Bemühungen stemmen werden, die Atomkraft durch eine Änderung der europäischen Binnenmarktordnung im Wege einer direkten oder indirekten öffentlichen Förderung wieder konkurrenzfähig zu machen.

Das letztendliche Ziel all dieser Bemühungen ist es, den europa- und weltweiten Ausstieg aus der Kernspaltungsenergie zu erreichen, doch müssen auf dem Weg dorthin alle auch unter Bedachtnahme auf die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung zielführenden Schritte gesetzt werden.

Ich darf Sie bitten, mein Antwortschreiben auch dem Personenkreis zur Kenntnis zu bringen, den Sie zu gleichlautenden Schreiben an mich motiviert haben.

Mit besten Grüßen

Wolfgang Fischer